

dbb beschließt Forderungen zur hessischen Einkommensrunde (TV-H)

Auch in Hessen gilt: 10,5 Prozent, mindestens 500 Euro müssen es sein!



Forderungsdiskussion in der Tariffkommission zum TV-H



„Hessen liegt mitten in Deutschland. Hier wird im Landesdienst genauso gut und viel gearbeitet wie in Rheinland-Pfalz oder in Thüringen. Deshalb ist es nur folgerichtig, dass wir in Hessen dieselbe lineare Kernforderung erheben, wie zuvor gegenüber der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL)“, erläuterte dbb Tarifchef Volker Geyer den Forderungsbeschluss der hessischen Tariffkommission des dbb vom 8. November 2023. „Da sich aber der TV-H mittlerweile bei einigen Themen deutlich vom TV-L unterscheidet“, führte Geyer aus, „haben wir darüber hinaus noch einige hessenspezifische Forderungen und Erwartungen.“ Geyer nahm aber nicht nur zu konkreten Forderungen Stellung. Er äußerte auch klare Erwartungen zum Verhandlungsstil und zum gemeinsamen Gestaltungswillen: „Natürlich finden die Verhandlungen in schwieriger Zeit statt. Aber genau deshalb stellen sie auch eine Chance dar, den öffentlichen Dienst für die Bürgerinnen und Bürger in Hessen zukunftsfähig zu machen. Das geht nur gemeinsam. Die TdL hat bei den Potsdamer Tarifverhandlungen bisher nicht gezeigt, dass sie gewillt ist, diese Chance zu nutzen. Wir erwarten hier von der hessischen Landesregierung mehr Gestaltungswillen.“



Die Forderungen im Detail:

- Erhöhung der Tabellenentgelte um 10,5%, mindestens 500 Euro
- Erhöhung der Ausbildungsentgelte (BBiG und Pflege) sowie der Praktikanten-Entgelte um 260 Euro
- Laufzeit 12 Monate

**dbb:
wir.
für euch.**

10,5%
**500 Euro
mindestens**

Weiterhin wollen wir:

- Verhandlungszusage zur Aktualisierung der Entgeltordnung; Übertragung der Verbesserungen im Bereich des kommunalen Sozial- und Erziehungsdienstes in den TV-H
- Umwandlung der Jahressonderzahlung in ein 13. Monatsgehalt
- Übernahme der Auszubildenden in ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis, mindestens Fortführung der bisherigen Regelung; darüber hinaus eine Bindungsprämie von 1.000 Euro nach erfolgreichem Abschluss der Ausbildung, wenn ein Beschäftigungsverhältnis mit dem Land eingegangen wird; Anspruch auf Ausbildung in Teilzeit
- Dynamisierung der Kinderzulage
- Dynamische Gefährdungszulage für Beschäftigte der Wachpolizei von 120 Euro
- Beschäftigte an Hochschulen: Verbesserung der Befristungsregelungen für wissenschaftliche und künstlerische Beschäftigte; Einbeziehung studentischer Hilfskräfte in den Geltungsbereich des TV-H
- Erhöhung der Anzahl der Freistellungstage für gewerkschaftliche Tätigkeiten
- Erweiterung der Elterntage auf nicht Verheiratete oder nicht in eingetragener Lebenspartnerschaft Lebende
- Zeitgleiche und systemgerechte Übernahme des Tarifergebnisses auf Beamtinnen/Beamte sowie Versorgungsempfänger/-innen


Die Statusgruppen nicht gegeneinander ausspielen!

Für die hessischen Landes- und Kommunalbeamten stellte Heini Schmitt, Landesbundchef des dbb hessen, klar: „Für uns wird diese hessische Einkommensrunde erst zu Ende sein, wenn die künftige Landesregierung klipp und klar erklärt hat, dass sie das Tarifergebnis zeitgleich und systemgerecht auf die Beamtinnen und Beamten sowie die Versorgungsempfänger/-innen überträgt und nicht den Versuch unternimmt, die Statusgruppen gegeneinander auszuspielen. Es wird eine der ersten Gelegenheiten der künftigen Regierungsparteien sein, die klaren Zusagen einzulösen, die sie als Antwort auf unsere Wahlprüfsteine gegeben haben. Außerdem wird die Übertragung auf Beamtinnen und Beamte sowie Versorgungsempfänger/-innen dazu führen, dass wir dem Ziel einer verfassungskonformen Alimentation einen Schritt näher kommen. Es wäre ein wichtiger Vertrauensbeweis, wenn die Übertragung gleich zur Auftaktrunde zugesagt würde.“

Wie geht's weiter?

Die hessische Einkommensrunde beginnt am 14. Februar und endet am 14./15. März 2024. Über den Verlauf der hessischen Einkommensrunde unterrichten wir stets tagesfrisch auf www.dbb.de/einkommensrunde und auf www.dbb-hessen.de.



 **dbb**
beamtenbund
und tarifunion

Bestellung weiterer Informationen

Name*
Vorname*
Straße*
PLZ/Ort*
Dienststelle/Betrieb*
Beruf

Beschäftigt als*:

<input type="checkbox"/> Tarifbeschäftigte/r	<input type="checkbox"/> Azubi, Schüler/in
<input type="checkbox"/> Beamter/Beamtin	<input type="checkbox"/> Anwärter/in
<input type="checkbox"/> Rentner/in	<input type="checkbox"/> Versorgungsempfänger/in

Ich möchte weitere Informationen über den dbb erhalten.
 Ich möchte mehr Informationen über die für mich zuständige Gewerkschaft erhalten.
 Bitte schicken Sie mir das Antragsformular zur Aufnahme in die für mich zuständige Gewerkschaft.

Datenschutzhinweis: Wir speichern und verarbeiten die uns mitgeteilten Daten, um den uns erteilten Auftrag zu erfüllen. Die mit einem Sternchen* versehenen Daten sind Pflichtdaten, ohne die eine Bearbeitung nicht möglich ist. Rechtsgrundlage der Verarbeitung ist Art. 6 (1) b DSGVO. Wenn Sie Informationen über eine Mitgliedsgewerkschaft wünschen, so geben wir Ihre Daten dorthin weiter. Sonst erfolgt keine Weitergabe an Dritte, sondern lediglich an Auftragsverarbeiter. Wir löschen die Daten, wenn sie für die verfolgten Zwecke nicht mehr erforderlich sind. Verantwortlicher für die Datenverarbeitung ist: dbb beamtenbund und tarifunion, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin, Telefon: 030. 40 81 - 40, Telefax: 030. 40 81 - 49 99, E-Mail: post@dbb.de. Unseren Datenschutzbeauftragten erreichen Sie unter derselben Anschrift oder unter: E-Mail: datenschutz@dbb.de. Informationen über Ihre Rechte als Betroffener sowie weitere Informationen erhalten Sie hier: www.dbb.de/datenschutz.

Datum / Unterschrift

Unter dem Dach des dbb bieten kompetente Fachgewerkschaften eine starke Interessenvertretung und qualifizierten Rechtsschutz. Wir vermitteln Ihnen gern die passende Gewerkschaftsadresse.
dbb beamtenbund und tarifunion, Geschäftsbereich Tarif, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin, Telefon: 030. 40 81 - 54 00, Fax: 030. 40 81 - 43 99, E-Mail: tarif@dbb.de, Internet: www.dbb.de